

„WIRTSCHAFT IM ZEICHEN DES KRIEGES! AUSSICHTEN FÜR 2023“

*IN BEWÄHRT KONSTRUKTIVER MANIER ANALYSIERTE **STEFAN BRUCKBAUER**, CHEFÖKONOM DER UNICREDIT BANK AUSTRIA, DIE AKTUELLE SITUATION DER WELTWIRTSCHAFT. SEIN FAZIT: WIR SOLLTEN UNS VON DER PESSIMISTISCHEN STIMMUNGSMACHE IN MEDIEN NICHT ZU SEHR BEEINDRUCKEN LASSEN UND EINEN KÜHLEN KOPF BEWAHREN.*



Lässt man sich von Medienberichten leiten, herrscht derzeit Weltuntergangsstimmung. Die Inflation scheint völlig außer Kontrolle geraten zu sein und die EZB komplett versagt zu haben. Tatsächlich? Das wollen wir uns genauer ansehen.

Dynamische und „eigenartige“ Erholung nach Corona

Fakt ist, dass sich die Wirtschaft deutlich rascher und stärker nach der Corona-Pandemie erholt hat als erwartet – vor allem in den USA. Dort wurde das Potenzialwachstum schnell wieder erreicht. Dank enormer fiskalischer Impulse ist die Erholung sehr dynamisch, aber auch „eigenartig“ ausgefallen, wie Stefan Bruckbauer betont: „Plötzlich wurden vermehrt dauerhafte Konsumgüter wie Fahrräder und Fernsehgeräte angeschafft, weil die Menschen einerseits durch die staatlichen Unterstützungen und Ersparnis viel Geld zur Verfügung hatten und es andererseits aufgrund der Lockdowns nicht für Restaurantbesuche oder Urlaubsreisen ausgeben konnte. So sind bestimmte Wirtschaftszweige deutlich über ihr Potenzial hinausgeschossen, andere wiederum sind in eine tiefe Rezession geschlittert. Das hat zu undifferenzierten Preissteigerungen geführt.“

Unattraktive Jobs und mehr Pensionierungen

Hinzu kommt der Umstand, dass viele Menschen nach der Pandemie nicht mehr in den Arbeitsmarkt zurückgekehrt sind. Bruckbauer: „In den USA sind viele Amerikaner in Pension gegangen oder wollen nicht mehr in ihre Jobs zurück, weil diese durch die Pandemie unattraktiv geworden sind. Aktuell sind in den USA nur etwa 70 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter berufstätig.“

Erfüllung politischer Erwartungen bei den Zentralbanken

Diese Faktoren haben auch in Europa dazu geführt, dass bereits vor dem Ukrainekrieg die Energie- und Rohstoffpreise gestiegen sind – etwa aufgrund von globalen Lieferkettenproblemen – und zügig an die Verbraucher weitergegeben wurden. Bei den Zentralbanken lösten diese Ereignisse folgende Gedanken- und Reaktionsketten aus: Mit der Corona-Pandemie kommt zuerst der Abschwung, die Rohstoffpreise sinken, Lager werden zurückgefahren. Mit dem virulenten Aufschwung werden plötzlich die Einkäufer mit Anfragen überrannt. Sie haben jedoch nicht genug Material und bestellen nach. Dadurch steigen vorübergehend die Rohstoff- und Energiepreise, um sich dann wieder auf einem niedrigeren Niveau einzupendeln. Die Inflation wird nur vorübergehend sein.

„Allerdings ist dann der Ukrainekrieg losgebrochen und damit die endgültige Explosion der Energiepreise“, so Bruckbauer. „Diese hat relativ rasch auf die Verbraucherpreise durchgeschlagen, und die Politik ist in die Zwickmühle geraten. Sie brauchte einen Schuldigen für diese Entwicklung, und die Zentralbanken müssen nun als Sündenböcke herhalten. Die Zentralbanken geben nach und erhöhen schrittweise die Zinsen, um die Erwartungen der Politik zu erfüllen. Sie tun dies gleichzeitig in dem Wissen, dass eine Zinserhöhung wieder in die Rezession führt.“

Stagnation, Rezession und höhere Schuldendienste

Höhere Zinsen wirken sich nicht nur nachteilig auf die Kreditkosten und Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen aus, sondern auch negativ auf den Schuldendienst des Staates. Bruckbauer: „Der österreichische Staat zahlt schon fast 3 Prozent Zinsen für seine Staatsanleihen.“

Für die Konjunktur bedeutet das aktuelle Szenario die Fortsetzung der Stagnation seit gut einem Jahr und das Risiko des Abrutschens in eine Rezession. „Trotz des Ukrainekrieges wird für Österreich heuer ein Wirtschaftswachstum von 5,3 Prozent erwartet, das ist der höchste Wert seit 1972. Der Krieg bringt uns aber im vierten Quartal voraussichtlich wieder ins Minus. Bei den Verbrauchern ist diese Entwicklung noch nicht angekommen. Der Einzelhandel läuft derzeit noch gut, die Haushalte konsumieren weiter und fahren auf Urlaub, wenngleich die Konsumentenstimmung zunehmend schlechter wird und wir 2023 mit einer deutlich gedämpften Kauflaune rechnen müssen“, erklärt Bruckbauer.

Wenig flexible Businesspläne

In der Industrie hat das Stimmungsbarometer ebenfalls schon bessere Werte gesehen. Bruckbauer: „Da kommt jetzt einfach zu viel zusammen: hohe Strom- und Energiepreise, die Konjunkturschwäche in Asien – insbesondere in China nach dem Zusammenbruch der Immobilienblase – und steigende Zinsen. Die Realzinsen sind zwar historisch immer noch niedrig, aber schon deutlich höher als zuletzt. Unternehmen haben damit das Problem, dass sie ihre nominell und auf längere Zeit ausgerichteten Businesspläne nicht einfach von heute auf morgen anpassen können. Sie müssen jetzt sinkenden Umsätzen steigende Zins- und Finanzierungskosten gegenüberstellen.“

Wohlstandsentszug im Ausmaß von 2,5 Prozent des BIP

Auf der Aufwandsseite schlagen zusätzlich die Energiekosten zu Buche. „Zwei Drittel unserer Energie müssen außerhalb Europas zugekauft werden – hauptsächlich Öl und Gas. Bei den enormen Preisen führt das sukzessive zu einem Entzug von Wohlstand. Wenn wir etwa die Energiekosten mit dem Ausland für das Jahr 2021 hernehmen, so haben wir in Österreich rund 9 Milliarden Euro für Öl, Gas und Strom ausgegeben. Zu Preisen von jetzt wären das rund 20 Milliarden Euro – also 10 Milliarden Euro mehr für die gleiche Menge an Energie. Dieser Unterschied entspricht rund 2,5 Prozent des BIP oder 1,5 Jahren Wirtschaftswachstum. Das wäre ein erheblicher Wohlstandsverlust, den wir klug unter uns aufteilen müssten, um größere Verwerfungen in der Gesellschaft zu vermeiden“, so Bruckbauer.

1.000 Euro pro Jahr weniger

Auf die einzelnen Haushalte heruntergebrochen bedeutet der bisherige Anstieg bei den Energiepreisen einen Fehlbetrag von durchschnittlich rund 1.000 Euro pro Jahr und pro Haushalt. Bruckbauer: „Diese Entwicklung muss abgefedert werden – einerseits über die bereits beschlossenen Maßnahmen für Ausgleichszahlungen an Haushalte und Unternehmen, andererseits über politische Maßnahmen auf EU-Ebene. Wir halten ja weiterhin an einer ‚Green Transition‘ unserer Wirtschaft fest. Das bedeutet eine Reduktion bzw. den Ausstieg aus fossiler Energie. Wenn allerdings die Gas- und Strompreise wieder günstiger werden, bleiben Anbieter von erneuerbaren Energien auf relativ hohen Kosten sitzen. Investitionen in alternative Energien brauchen also einen sicheren Rahmen, sonst haben wir es mit ‚sunken costs‘ zu tun, die sich am Ende des Tages keiner leisten kann.“

Politik mit viel Fingerspitzengefühl

Einen weiteren Belastungsfaktor unseres Wohlstands ortet Bruckbauer in der geopolitischen Situation: „Militärausgaben werden steigen müssen, denn Russland und die USA haben uns vor Augen geführt, dass sie auf Dauer keine Partner sind. China wiederum steht unserem Gesellschaftssystem feindlich gegenüber. Unternehmen zu animieren, ihre Importe und Handelsverträge mit politisch ‚opportunen‘ Ländern abzuschließen, wird uns ebenfalls etwas kosten. Vor diesem Hintergrund braucht es eine Politik mit viel Fingerspitzengefühl, die auch die Mitte der Gesellschaft gut abholt. Aktuell hat der Mittelstand bzw. die Mittelschicht das Gefühl, stets für andere zu zahlen, aber selbst nichts zu bekommen. Das Risiko ist groß, dass sie das bestehende Gesellschaftssystem nicht mehr als ‚ihr‘ System anerkennen.“

Den Vortrag zu dieser Zusammenfassung finden Sie hier: [YouTube](#)

office@zertifikateforum.at

Impressum gemäß österreichischem Mediengesetz: Medieninhaber und Hersteller ist das Zertifikate Forum Austria, Rothschildplatz 1, 1020 Wien/Österreich; Herstellungsort ist Wien.

 [Abonnieren Sie uns auf LinkedIn!](#)

 [Abonnieren Sie uns auf YouTube!](#)

[Abonnieren Sie unseren Newsletter!](#)